

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weiksen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Witzlawstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 31.

Freitag, 6. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für Fernblätter: 10 Pfennig, wenn der Betrag verjährt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge werden nicht angenommen. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Reichstanzlerreise nach West- und Süddeutschland.

Berlin, 6. Februar. Reichstanzler Dr. Luther steht im Begriff, dem Rheinland und den süddeutschen Landesregierungen einen Besuch abzustatten, dem, wie man hört, wesentlich mehr Bedeutung zukommen dürfte, als den üblichen offiziellen Höflichkeitsoffizien, die gerade im letzten bewegten Augenblick mehr als überflüssig erscheinen würden. Am Montag wird Dr. Luther in Köln eine große, hochpolitische Rede halten, die sich mit der Räumungsfrage und dem Sideriteitsproblem befassen wird. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß der Kanzler zum ersten Mal wieder die Gelegenheit wahrnehmen wird, in seiner Eigenschaft als Leiter der Reichspolitik vor der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu sprechen. Dr. Marx, der zwar mehrmals im besetzten Gebiet gesprochen hat, war immer genötigt, als Führer des Zentrums, nicht als Reichstanzler aufzutreten. Nun haben sich aber die Verhältnisse in den besetzten Gebieten seit der Durchführung der Londoner Abmachungen wesentlich geändert, sodass jetzt die Mitglieder der Reichsregierung ungehindert in ihrer amtlichen Eigenschaft auftreten können. Wie wir hören, besteht die besondere Bedeutung der angekündigten Kanzlerrede in Köln darin, daß die deutsche Regierung nochmals mit allem Nachdruck vor aller Welt betonen will, wozu schwerer Rückschlag es darstellt, wenn neun Monate nach der Londoner Konferenz die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlande noch vollständig ungeklärt ist.

Der Kanzler wird aus diesem Anlaß die alliierten Regierungen daran erinnern, daß der Zeitpunkt immer näher heranrückt, bis zu welchem auch die Räumung des Ruhrgebietes in Aussicht gestellt worden ist. Wenn daher vor dem Konflikt in der Entwaffnungsfrage der Wunsch ausgesprochen worden war, daß eine Zusammenlegung der Räumung des Ruhrgebietes mit der der nördl. Rheinlande erfolgen müsse, so ist es jetzt die höchste Zeit, daß man mit der Lösung des Räumungsproblems beginnt. Bei der Erörterung der Sicherheitsfrage steht das Rheinland wieder einmal im Vordergrund. Nach den Darlegungen der englischen Regierungspresse hat es sogar den Anschein, als bestie unter den alliierten Regierungen völlige Einigkeit darüber, daß die rheinische Zone in erster Linie dazu berufen sei, die Aufrechterhaltung des Friedens zu garantieren. Schon aus dem Zusammenhang dieser entscheidungsschweren Fragen geht hervor, aus welchem Grunde es der Kanzler für angebracht hielt, gerade jetzt in Köln über die Außenpolitik zu sprechen.

Im Vergleich zu der Wichtigkeit des Kanzlerbesuches in Köln ist die beachtlichste süddeutsche Reise trotz ihrer ausgesprochen politischen Charakter von wesentlich geringerer Bedeutung. Die bevorstehende Fühlungsnahme mit den süddeutschen Landesregierungen ergibt sich zwar aus dem noch ungeklärten Problem der Regelung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern, aber diese Fragen sind weniger dringlich, weil sie nicht übers Anle gebrochen zu werden brauchen. Die Verhandlungen auf der Berliner Finanzminister-Konferenz der Länder haben gezeigt, wie groß die Gegensätze noch sind, die zwischen Reich und Ländern bestehen. Man hat sogar den Eindruck, daß die alle Konfliktsituation bis jetzt noch nicht soweit überwunden werden konnte, daß man von einer freundschaftlichen Atmosphäre sprechen könnte. Die politische Einstellung der neuen Reichsregierung hat zwar gerade in Süddeutschland großes Vertrauen hervorgerufen, aber es erscheint doch notweniger denn je, daß der Kanzler sich die größte Mühe gibt, dieses Vertrauen auch zu festigen. Aus diesem Grunde wird Dr. Luther die Gelegenheit seines Besuches in den süddeutschen Hauptstädten dazu benutzen, um mit den Ministerpräsidenten Württembergs und Bayerns Besprechungen einzuleiten, die den Auftakt zu einer sich langsam anbahnenden Verständigung bilden werden, weil auf beiden Seiten die Notwendigkeit anerkannt wird, den gerechtfertigten Wünschen gegenseitig Rechnung zu tragen.

Nach dem Verzicht Brauns.

Berlin, 6. Februar. Das Scheitern der Bemühungen des Ministerpräsidenten Brauns, eine arbeitsfähige Regierung in Preußen zusammenzubringen, hat dazu geführt, daß die bisherigen Regierungsparteien einer völlig unhaltbaren gewordenen Situation gegenüberstehen. Wie wir hören, sind jetzt alle weiteren Entscheidungen auf Sonnabend vertagt. Der in Berlin weilende Kandidat des Zentrums, Landeshauptmann Dr. Porzion, hat sich noch nicht entscheiden können, ob er bereit sein wird, einem Ruf als preussischer Ministerpräsident Folge zu leisten. Die Rechtsparteien stehen Gmeiner bei Fuß, während im Zentrum augenscheinlich sehr lebhaft darum gekämpft wird, ob es angesichts der gegenwärtigen Lage nicht zweckmäßiger erscheinen würde, den Versuch der Bildung einer rechtsbürgerlichen Regierung in Preußen zu riskieren.

Der Ministerrat des Preussischen Landtags beschloß am Donnerstag, daß die Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag, den 10. Februar auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gesetzt werden soll. Darauf soll schließlich die Wahl des Landtagspräsidenten erfolgen. Die Tage vom 11. bis 17. Februar sollen Plenarsitzungsfrei bleiben. Das Plenum tagt dann wieder vom 18. bis 21. Februar, um eventuell, falls das Kabinett fertiggestellt ist, die Regierungserklärung entgegenzunehmen und eine Aussprache darüber anzuschließen. Dann soll wieder vom 22. Februar bis 1. März Sitzungsfrei bleiben. Am morgigen Freitag soll, wie bereits gemeldet, Samstags sein. Außerdem stehen eine Reihe kleinerer Gegenstände auf der Tagesordnung.

Die Fraktionsführer zur Lage.

Berlin. Nach Schluß der Plenarsitzung des Landtags traten gestern die Fraktionsführer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen, in der die durch den Rücktritt Brauns von der Ministerpräsidentenstelle entstandene Lage erörtert wurde. Das Zentrum vertritt sich, einen ihrer Partei angehörenden Kandidaten für die am Dienstag vorzunehmende Wahl zu stellen. Am Sonnabend wollen die genannten Fraktionen zu einer neuen interfraktionellen Besprechung zusammentreten. In dieser Besprechung wird das Zentrum seinen Kandidaten präsentieren und dieser wird sein Programm entwickeln, damit die Parteien der Weimarer Koalition sofort dazu Stellung nehmen können.

Die Denkschrift über die Aufwertung.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die im Reichsfinanzministerium verfaßte Denkschrift über die Aufwertung, die bisher als vertraulich bezeichnet war, freizugeben. Die Denkschrift, die 54 Druckseiten umfaßt, gibt einen außerordentlich interessanten Überblick über die ganze Aufwertungsfrage. Der Zweck der Vorlage ist, für die Behandlung des Aufwertungsproblems eine Grundlage zu schaffen. Die Denkschrift gibt in ihrem Hauptteil eine genaue Darstellung der Entwicklung der Aufwertungsfrage in Deutschland seit dem Beginn des Weltkrieges. Sie behandelt im ersten Abschnitt die Umstellung des Geldwesens beim Beginn des Weltkrieges, im zweiten den Währungsfall, im dritten die Behandlung der Aufwertungsfrage durch die dritte Steuerreformverordnung dargelegt. Der vierte Abschnitt enthält die Vorschläge zur dritten Steuerreformverordnung.

In einem Anhang wird das Aufwertungsproblem in seiner geschichtlichen Entwicklung bis zum Weltkrieg behandelt. So wird die Aufwertungsfrage im Altertum und Mittelalter dargelegt. Veröffentlicht wird weiter ein Aufwertungsaktual Friedrichs des Großen vom 12. Januar 1792. Auch die Stellungnahme Emanuel Kants zur Aufwertungsfrage wird besprochen. Weitere Abschnitte behandeln die französischen Assignaten und Territorialmandate, ferner die preussischen Treascheine, die österreichischen Banknoten und die nordamerikanischen Greenbacks. In einem zweiten Anhang wird die Entwicklung der Aufwertungsfrage im Saargebiet, in Danzig, in Frankreich, in Rußland, Polen, Österreich und England geschildert. Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß über die zahlreichen Einzelfragen, die das Problem der Aufwertung betreffen, die Ansichten wohl weit auseinandergehen. Ueber eins jedoch besteht in weiten Kreisen Uebereinstimmung, nämlich darüber, daß es erforderlich sei, zu einer Regelung zu gelangen, die etwas Dauerhaftes darstellt. Ein Schuldner, der finanziell zusammengebrochen sei, könne eine Grundlage für eine neue wirtschaftliche Betätigung nur dadurch gewinnen, daß er mit seinen alten Gläubigern zu einem Vergleich (Zwangsvergleich) gelange. Gelingt ihm dies nicht, so müsse er darauf rechnen, daß Geringe, sobald er sich wirtschaftlich zu erholen beginne, der Gerichtsvollzieher bei ihm erscheine und ihm die Rechnungen der alten Gläubiger präsentiere. Nicht anders sei es mit der Staats- und Volkswirtschaft. Sie müsse endgültig wissen, welche Belastung die alten Papiermarktschulden darstellen. Hier könne es nur ein Ziel geben: Rechtsgewißheit auf dem Boden eines der Billigkeit entsprechenden endgültigen Vergleichs. Es handele sich nunmehr darum, den Schlußstrich unter die Währungsnotlage zu ziehen. Damit sei die Gelegenheit vor eine große und verantwortungsvolle Entscheidung gestellt. Daß diese Entscheidung nicht in die Ferne gehe, davon hängt nichts weniger als die ganze Zukunft des deutschen Volkes ab.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 6. Februar. Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, werden die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche zu einer Entscheidung darüber führen, ob Deutschland das von Frankreich angebotene Wirtschaftsproblem endgültig annehmen kann oder nicht. Die Besprechungen drehen sich jetzt in der Hauptsache um die Frage, ob Frankreich für den endgültigen Handelsvertrag Deutschland die weitestgehendste Verzicht bejahend, so würde etwa gegen Mitte Februar die Unterzeichnung des deutsch-französischen Provisoriums erfolgen können.

Paris. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind gestern nach etwa zehntägiger Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Dr. Trendelenburg und Handelsminister Rannaldy besprachen in etwa zweistündiger Unterbrechung den Inhalt der französischen Note vom 26. Januar und die vorgeschlagenen von der deutschen Wirtschaftsdelegation überreichte Antwort. Im Verlaufe der Unterhandlungen ergaben sich Möglichkeiten für eine Verständigung. Die beiden Delegationsführer werden nun über das Ergebnis der heutigen Beratung ihren Delegationskollegen berichten, damit die Verhandlungen in den nächsten Tagen in Vollstücken der beiden Vertretungen fortgeführt werden können. Wenn sich auch nichts voraussetzen läßt, so ist, wie der hiesige Vertreter des W. T. B. erklärt, doch der Eindruck nach dieser ersten Rühlungsphase nicht unähnlich.

„Die politische Lage in Deutschland.“

London. (Anspruch.) Daily Telegraph bringt einen Leitartikel mit der Überschrift: Ueber die politische Lage in Deutschland. In diesem führt das konservative Blatt aus, die reaktionäre Bewegung in Deutschland habe große Fortschritte gemacht, reise aber durchaus nicht alle Deutschen mit. Die deutsche Regierung bleibe bisher fest auf die Erfüllungspolitik verpflichtet. Luther habe in seiner Rede am Freitag erklärt, seine Außenpolitik gründe sich fest auf das Londoner Abkommen. Es beständen viele Anzeichen, daß der neue Kanzler eine unerwartete Weichenstellung in der Zeituna seiner Ministerkollegen und in seinen schwierigen Beziehungen zu den Parteien der Rechten zeigt. Es bleibe abzuwarten, ob er stark genug sei, seine einseitige Zusage zur Wiederherstellung irgendwelcher nachgewiesenen Verstöße gegen die Abrüstung durchzuführen. Wenn ihm dies gelänge, könne er viel tun, um die Beziehungen seines Landes zu den Weltmächten wieder günstiger zu gestalten, wie sie es nach dem Abschluß des Londoner Abkommens gewesen seien.

Um den Achtundentag.

Berlin. Zu den Mitteilungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns im Reichstag über die Vereinfachung Deutschlands zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtundentag erfahren wir, daß nach wie vor die Ratifizierung des Abkommens in Frankreich abgewartet wird, ehe die Reichsregierung ihrerseits die Verbindlichkeit dieses Abkommens übernimmt. Nach den in Berlin vorliegenden Mitteilungen ist jedoch vorläufig nicht mit einer Ratifikation durch Frankreich zu rechnen, sobald insofern die ganze Angelegenheit in Deutschland noch völlig in der Schwebe ist.

Der Achtundentag in den Kokerien.

Offen. Unter dem Vorhild des Reichs- und Staatskommissars Mehlisch und unter Teilnahme von Vertretern des Handelsministeriums und des Oberbergamts wurden gestern die Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbergbau aufgenommen. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, kam es zu einem Schiedsspruch mit wechselnden Mehrheiten, der das bisherige Abkommen mit einigen Änderungen verlängert. Die Arbeitszeit in Kokerien soll bereits ab 1. März acht Stunden betragen, nicht, wie in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vorgehien ist, ab 1. April. Die Schiedsstelle zur Entscheidung von Streitigkeiten wurde aufrecht erhalten. Das Abkommen kann erstmalig zum 30. September gefündigt werden.

Die Lohnfrage bei der Reichsbahn.

Berlin. Nachdem das Lohnabkommen bei der Reichsbahn von den Gewerkschaften zum 1. März abgelehnt worden ist, werden am nächsten Dienstag in der Reichsbahn Verhandlungen mit den Gewerkschaften stattfinden, in denen diese die Wünsche der Arbeiterchaft zum Vortrag bringen werden.

Ein deutscher Dampfer gesunken.

Wordingborg. Der deutsche Dampfer Wolf, der mit einer Ladung Zucker vom Hafen Wallerup nach Ropenhagen unterwegs war, stieß gestern morgen bei Knudshoven auf Grund und sank. Die aus neun Mann bestehende Besatzung rettete sich in die Boote und landete bei Knudshoven.

Dslo. Der Hamburger Dampfer Martha, der in der Nacht zum Donnerstag voriger Woche von Esbjerg nach Haugeund abging, ist dort noch nicht eingetroffen. Da die Fahrt gewöhnlich zwei Tage dauert und man von dem Schiff bis heute noch nichts gehört hat, steht zu befürchten, daß das Schiff, dessen Besatzung aus 14 Mann bestand, untergegangen ist.

Die Kosten der Reparationskommission.

Paris. Nach einer Aufstellung des Matin wird die Reparationskommission nach vollständigem Abbau vom Dezember 1923 ab zur Bekleidung ihrer Aufgaben jährlich nur noch 3,8 Millionen Goldmark verbrauchen. Bisher beliefen sich die Ausgaben auf 7,5 Millionen Goldmark. Die Sparmaßnahme betragt demnach 3,7 Millionen Goldmark, wird jedoch durch die Kosten der in Ausführung des Damsgutachten gebildeten Kontrollauschüsse aufgewogen. Weiter macht der Matin Angaben über die Gehälter der einzelnen Kontrollkommissare. Vorher Gilbert erhalte jährlich 950 000 Wapierfranken, der Vizekontrollkommissar Brubins beziehe 418 000 Franken, der Wandelkontrollkommissar Mac Fadden erhalte 350 000 Franken und der Eisenbahnkontrollkommissar Leveque ungefähr 440 000 Franken.

Grans' Revision verworfen.

Die Einrichtung von Saarman und Grans bevorstehend. Berlin. Wie aus Hannover gemeldet wird, ist die von Grans, dem Mitangeklagten im Saarmanprozeß, gegen seine Verurteilung eingelegte Revision verworfen worden. Das Urteil ist damit rechtskräftig und dürfte gemeinsam mit dem gegen Saarman gefällten Todesurteil in Kürze vollstreckt werden.